

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

15.1.1930 (No. 13)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher
Nr. 933
und 934
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. Menck
Karlsruhe

Abzugspreis: Monatlich 8,25 RM. einl. Inlandgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Kontostellenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

*Die Politik der badischen Regierung

I.

Die umfangreiche Regierungserklärung, mit welcher gestern Staatspräsident Dr. Schmitt im Namen der badischen Regierung vor den neugewählten Landtag getreten ist, zählt zu den bedeutendsten Kundgebungen, die wir bisher von dieser Seite her vernommen haben. Der außerordentliche Ernst der Lage drückt sich in dieser Rede in einer schlichten, dafür aber um so überzeugenderen Weise aus. Die wirtschaftliche Not, die finanzpolitischen Schwierigkeiten, mit denen Reich, Staat und Gemeinden zu kämpfen haben, und das auf den Nägeln brennende Problem eines vernünftigen Finanzausgleichs: diese drei Momente sind es, welche in erster Linie der ganzen politischen Situation ihr Gepräge verleihen. Und dementsprechend kann eine Regierungserklärung, wenn sie von dem Gefühl wahrer Verantwortung getragen sein soll, nicht anders als in einem sehr ernsten Tone gehalten sein.

Trotzdem darf uns aber die Not der Stunde nicht in eine Verzweiflungsstimmung hineinjagen. Und auch die Regierungserklärung des Staatspräsidenten warnt ausdrücklich davor. Sie bezeichnet es als unsere Pflicht, der allgemeinen Mitleidigkeit entgegenzutreten. Und sie findet eine Reihe sehr gewichtiger Argumente, welche wahrhaftig geeignet sind, eine Besserung schon in nächster Zukunft erhoffen zu lassen. An der Spitze dieser Argumente steht natürlich der zu erhoffende, befriedigende Abschluß der Haager Verhandlungen. Aber auch ein wirtschaftsstatistischer Rückblick auf das Jahr 1929 zeigt eine ganze Reihe von Ziffern, die das Bild einer schon beinahe hoffnungslosen Wirtschaftslage sehr deutlich fortrigieren.

Was nun zunächst die badischen Finanzen betrifft, so ist sich die Regierung klar darüber, daß der Staatsvoranschlag 1930/31 nur mit einem gewissen Vorbehalt unterbreitet werden kann, da naturgemäß die kommende Reichsfinanzreform mit dem Finanzausgleich so oder so auf die badischen Etatverhältnisse einwirken wird. Dennoch darf mit der Erledigung des Staatsvoranschlags nicht gezögert werden, zumal die Grundlagen und Grenzen, von denen der neue Etat abhängt, im wesentlichen gegeben sind.

Bei vorläufiger Schätzung steht einem Finanzvermögen des badischen Staates von mehr als 460 Millionen Reichsmark — wobei das Verwaltungsvermögen noch nicht einmal berücksichtigt ist — eine Schuldenlast von rund 100 Millionen gegenüber. Das ist kein beunruhigendes Verhältnis. Aber es ist doch nicht mehr gangbar, neue Ausgaben, falls sie nicht unmittelbar verbessernder Art sind, auf Anleihen zu übernehmen. Das Bedenkliche an einem Staatshaushalt ist die schwebende Schuld. Sie beträgt für Baden rund 34 Millionen Reichsmark. Natürlich müssen diese schwebenden Schulden getilgt werden. Ihre Ziffer wäre übrigens noch erheblich größer, wenn gewisse von einzelnen Parteien oder Gruppen gestellte Anträge im Landtag angenommen worden wären. Nach Durchführung aller irgendwie möglichen und noch vertretbaren Kürzungen im Etat verbleibt noch ein Fehlbetrag, eine Unzulänglichkeit von über 40 Millionen Reichsmark für die Jahre 1930/31. Und dazu kommt dann der für die Tilgung der schwebenden Schulden vorzusehende Betrag.

Das steht gewiß nicht rosig aus. Doch brauchen uns diese Ziffern auch nicht mutlos zu stimmen. Auch die anderen Länder sind etwa in dem gleichen Verhältnis verschuldet bzw. mit Fehlbeträgen belastet. Und ferner ist ja von den Verhandlungen mit dem Reich eine Deckung des Defizits zu erwarten. Die badische Regierung hat deshalb zunächst keine badische Maßnahmen zur Deckung vorgeschlagen. Sie will die Verhandlungen mit dem Reich wegen der Eisenbahnrechtsfindung, wegen des Ausgleichs für den Besoldungsmehraufwand und wegen eines gerechteren Verteilungsschlüssels bei der bevorstehenden Reichsfinanzreform abwarten.

Entstanden ist die schwebende Schuld aus für uns unvermeidlichen Belastungen und durch den Mangel ausreichender Einnahmen. Eine Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen war bei der Aufstellung des Etats nicht in vollem Umfang möglich. Während den Ausgaben im ganzen leider eine steigende Tendenz inneohnt, sind die Einnahmen seit dem letzten Rechnungsjahr zurückgegangen. (Ein zweiter Artikel folgt)

Die Erklärung der neuen badischen Regierung Namens des Gesamtministeriums verlas am gestrigen Dienstag in der Plenarsitzung des Badischen Landtags Staatspräsident Dr. Schmitt folgende Regierungserklärung:

Fortsetzung der bisherigen Politik

Entsprechend dem Wahlausfall und mit Rücksicht auf die praktischen Erfahrungen seit 1918 wird die neugebildete Regierung die seit elf Jahren verfolgte badische Politik der Stabilität in gerader Linie fortsetzen. In einer ruhigen, stetigen, aber aufwärtsstrebenden Fortentwicklung bringt auch die große Not, in der sich Reich und Land, Staat und Volk, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel, kurz die ganze Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer befinden. Die Regierungsparteien sind daher zu weiterer gemeinsamer politischer, operativer Zusammenarbeit entschlossen, so wie auch bisher ihre Arbeit in hohem Maße politisch-positiv, staatsrechtlich, reichstreu und dem Gesamtwohl förderlich war. Wenn irgend etwas dem Gesamtwohl nützlich ist, dann ist es in erster Reihe die Stetigkeit und die gleichmäßige Ruhe einer fortwährenden Staatspolitik. Die Stetigkeit der Politik ist außerdem Voraussetzung und Grundlage des Vertrauens zur Regierung.

Die Regierung stützt sich auf eine feste Mehrheit des Landtags, sie will aber treu der Verfassung dem ganzen Volke dienen.

Treu zum Reich und Treu zur republikanischen Verfassung ist das erste und selbstverständliche, freudige Bekenntnis der neuen Regierung. Wir achten die Vergangenheit; denn ein Volk, das seine Geschichte nicht ehrt, ist nicht wert, daß es in der Zukunft noch einmal zu einer geschichtlichen Bedeutung kommt; aber wir verlangen auch die Achtung unserer heutigen republikanischen Verfassung, ihrer Einrichtungen, ihrer Symbole, besonders seitens der Beamtenschaft, von der wir allerdings wissen, daß sie eine treue, altbewährte und unentbehrliche Säule unserer Verfassung war und ist. Wer im Dienst der Republik steht, schuldet ihr eben lokale Treue. Wir verlangen diese aber auch von allen andern Volksgenossen, weil die republikanische Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse durch überwältigende Mehrheiten des deutschen Volkes rechtsmäßig zustande gekommen ist.

Die Regierung wird die Verfassung in Geseßgebung und Verwaltung durchführen und sich für ihre Beachtung durch jedermann im Volke einsetzen, gebotenenfalls mit den Machtmitteln des Staats; die Regierung ist überzeugt, damit dem äußeren und inneren Frieden zu dienen. Wir achten und berechnen unseren Reichspräsidenten von Hindenburg, weil auch er, obwohl einer der größten Soldaten und Seerführer, doch gleichzeitig nur in der Verständigungspolitik das einzig wirkliche Mittel zur Befriedung Europas und Deutschlands erblickte und in diesem Sinne den Vertrag von Locarno und den Eintritt in den Völkerbund vollzog.

Die badische Regierung ist der Auffassung, daß die Außenpolitik des Reichs Zwangsläufigkeiten schafft und daß deswegen die Innenpolitik von der Außenpolitik wesentlich abhängig ist. Die badische Regierung wird die Reichsregierung bei Fortsetzung ihrer Politik der Verständigung und des Verzichts auf Nebende unterstützen und wird auch einer solchen neuen internationalen Neuordnung zustimmen, welche dem besetzten Gebiete, auch dem badischen, endlich baldige Befreiung von fremder Besatzung bringen, ausländische Vormundschaften in Deutschland beseitigen und dem deutschen Volk nicht bloß Souveränität, sondern auch wesentliche finanzielle Erleichterungen hinsichtlich der Reparationen gewähren wird. Die badische Regierung teilt aber auch mit Bestimmtheit die Auffassung der Reichsregierung, daß finanzielle Erleichterungen — so weit nur irgendwie möglich und zugleich so bald als nur möglich — nicht bloß zur Tilgung der Schulden, sondern auch zur Senkung der drückendsten Steuern verwendet werden müssen. Steuerentlastung ist notwendig zur Wehrung der eigenen Kapitalbildung, zur Steigerung der Produktion und demzufolge zur Minderung der Arbeitslosigkeit, zur Verminderung der Flucht deutschen Kapitals in das Ausland, zur Fortsetzung der Sozialpolitik und zum allmählichen weiteren Auftrieb der gesamten Wirtschaft, auf den wir nach befriedigendem Abschluß der Haager Verhandlungen zuversichtlich hoffen müssen. Wir dürfen auch auf eine Besserung der Zukunft hoffen. Es ist sogar unsere Pflicht, der allgemeinen Mitleidigkeit und Hoffnungslosigkeit entgegenzutreten, denn unsere volkswirtschaftlichen Umstände sind seit 1925 gestiegen; die Umsätze des Jahres 1929 halten sich auf der Höhe von 1928. Die Wagenstellung und die Güterbeförderung bei der Eisenbahn nimmt gegen 1928 zu. Der Kohlenbergbau weist Höchstzahlen aus. Die deutsche Ausfuhr hat seit Jahren eine stetig steigende Linie. Erfreulich ist, daß an dieser Ausfuhr die Fertigungswirtschaft am stärksten beteiligt ist. Trotz geringeren Beschäftigungsgrades dürfte die Gütererzeugung im ganzen im Jahre 1929 größer, mindestens gleich groß gewesen sein, wie im Jahre 1928. Und das, wo ein Rückgang der Konjunktur einsetzte, war das Tempo des Abschwungs verhältnismäßig langsam. Auch andere, an sich wohlhabende Länder, haben große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ich erinnere nur an amerikanische Wollentwurf und an die schwierige Lage der englischen Kohlen- und Baumwollindustrie.

Baden und das Reich

Anhänglichkeit und Treue zum Reich, volles Verständnis für die Notwendigkeit der Einheit des Reichs ist ein Teil der besonderen Wesensart des badischen Volkes in seinen Schichten und Ständen, ohne Unterschied in Glaube und Weltanschauung. Deshalb wird die badische Regierung gute Beziehungen zum Reich und seinen Organen pflegen, ebenso wie

zu den andern deutschen Ländern, insbesondere zu den süddeutschen.

Die badische Regierung wird den von dem Unterausschuß der Länderkonferenz und von deren Berichterstatter empfohlenen Standpunkt mit Nachdruck vertreten, daß Baden zu den Ländern alter Art mit Eigenstaatlichkeit gehören muß.

Grenzlandnot

Die Not in Baden beruht vorwiegend darauf, daß unser Land Grenzland geworden ist. Nicht alle Stellen in Berlin und im sonstigen Deutschland hatten genügend Kenntnis von den schädlichen Wirkungen dieser Tatsache. Deswegen war die viertägige, anstrengende Reise des Reichsrats nach Baden wertvoll und für das Verständnis badischer Verhältnisse förderlich. Zahlreiche Mitglieder der Regierungen deutscher Länder und des Reichsrats haben in offiziellen Reden oder schriftlich und mündlich ihre Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die Grenzlandschäden in Baden größer seien, als sie angenommen hätten, und daß die Reise notwendig war, um dem Reichsrat über die schweren Grenzlandnöte in Baden und über das Gebot möglichst baldiger und wirksamer Reichshilfe zur Behebung dieser Nöte richtig die Augen zu öffnen. Wir hoffen, daß das Reichs-Grenzhilfeprogramm dem Rechnung tragen wird.

Verwaltungsreform

Die Prüfung der Frage, ob eine Verwaltungsreform in großen Stil in Baden eintreten soll oder kann, steht voraus, daß zunächst die Reichsgeseßgebung selbst über diese Frage der Länder- und Verwaltungsreform grundsätzlich zu einem Ergebnis gelangt ist. Vorher auf diesem Gebiet eine große Reform zu unternehmen, hieße doppelte, vielfach unnötige und unrichtige Arbeit leisten und vielleicht unnötige Beunruhigungen zu schaffen. Baden hat seinerzeit schon vor andern Ländern seine Verwaltung vereinfacht. Es hat die selbständige Forst- und Domänenverwaltung, den Verwaltungshof, 18 Bezirksämter, 1 Amtsgericht und 35 technische Ämter abgebaut. Dabei wird die Frage der Vereinigung im Kleinen dauernd geprüft. Die Vereinigung der Wasser- und Straßendirektion mit dem Finanzministerium wird ausgeführt, sobald feststeht, daß die erforderlichen Umbaufkosten gedeckt sind. Auch dieser Fall zeigt, daß viele Vereinfachungen zunächst in einer Übergangszeit Mehrausgaben verursachen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß auf die Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts im 1. Jahreshesft 1929 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ der Finanzminister die andern Ministerien erjucht hat, an Hand dieses Stoffes nachzuprüfen, ob in der Finanzgebarung der öffentlichen Verwaltung in Baden Fehlerquellen vorhanden sind, die mangels einer Vergleichsmöglichkeit mit andern Ländern bisher nicht bekannt waren. Wenn auch an der Kopzahl des Ausgabebetrags — angesichts der großen strukturellen Unterschiede und der verschiedenartigen Aufgabenverteilung und angesichts der mit gewissen Ausgaben erzielten höheren Einnahmen — noch kein zwingender Schluß auf die Ausgabenwirtschaft gezogen werden kann, so bedeuten doch hohe Kopzahlen einen warnenden Fingerzeig. Ich habe deshalb des weiteren im Laufe des Jahres, als weiteres Material des Statistischen Reichsamts zugänglich wurde, die Ministerien insbesondere erjucht, den Vergleich der Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Verwaltung in Baden zu vertiefen und zwar während zunächst beschränkt auf das Land Württemberg, das trotz der auch hier vorhandenen erheblichen strukturellen Unterschiede einigermaßen mit Baden vergleichbar ist.

Eine Spartkommission

Nachdem die Vorarbeiten einzelnen Ministerien gezeigt hatten, daß wir bei einem Vergleich mit Württemberg im allgemeinen wertvolles Material erhalten, hat das Staatsministerium beschlossen, eine unabhängige Kommission von badischen Sachverständigen (in Anlehnung an das Wort Spartkommissar „Spartkommission“ genannt) einzusetzen. Diese Spartkommission hat die Aufgabe, an Hand der vergleichenden Reichsfinanzstatistik, auf Grund der Vorarbeiten der Ministerien sowie des sonst zu beschaffenden Materials zu prüfen, auf welche Ursachen es zurückzuführen ist, daß die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Baden für Land, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt wie auf einzelnen Gebieten höher sind wie die des Nachbarlandes Württemberg. Die Spartkommission soll gleichzeitig Vorschläge zu Sparmaßnahmen organisatorischer wie personeller Art zur Beilegung etwa bestehender ungebührlicher Mehrausgaben machen. Die Spartkommission ist ermächtigt, zur Durchführung der ihr übertragenen Aufgaben durch die Vorstehenden oder durch die Mitglieder der Kommission unmittelbar Auskünfte bei den einzelnen Ministerien und den ihnen gleichgestellten oder unterstellten Staatsstellen einzuholen und zu demselben Zweck unmittelbar mit dem Statistischen Reichsamt und Staatsstellen des Vergleichslandes Württemberg in Verbindung zu treten. Das zu erstattende Gutachten über die Tätigkeit der Kommission ist vom Vorstehenden abzufassen und unmittelbar dem Staatsministerium vorzulegen. Das Staatsministerium wird zu gegebener Zeit dem Landtag weitere Mitteilung zukommen lassen.

Die Staatsregierung glaubt, auf diesem Wege am raschesten zu einem Ergebnis zu kommen.

(Fortsetzung in der Beilage)

Die Haager Konferenz

Beteiligung der Reichsbank an der Internationalen Bank

Die Reichsregierung hat beschlossen, gefällig die Beteiligung der Reichsbank an der Internationalen Bank festzulegen. Die deutsche Delegation in Haag gab folgende Mitteilung aus:

Die deutsche Delegation wird in der morgigen Sitzung die erforderlichen Schritte tun, um die Beteiligung der Reichsbank an der Internationalen Bank bei den Aufgaben der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich gefällig zu gewährleisten. Wie wir weiter hören, hat der Reichsbankpräsident in einer Besprechung mit Reichsfinanzminister Rodenhauer erklärt, sich selbstverständlich für diesen Fall den daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht zu entziehen. Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert. In einer sich anschließenden Besprechung des Reichsbankpräsidenten mit sämtlichen vier deutschen Delegierten wurde die Übereinstimmung auf vorhergehender Grundlage festgestellt.

In das neue Reichsbankstatut soll die Bestimmung aufgenommen werden, daß zu den Aufgaben der Reichsbank auch die Beteiligung an der I. I. B. gehört. Reichsbankpräsident Dr. Schaack hat sich daraufhin im Hinblick auf diese gefällige Beteiligung für die Teilnahme der Reichsbank an der I. I. B. erklärt. Da die Durchführung dieser gefälligen Maßnahmen naturgemäß eine gewisse Zeit erfordert, werden zunächst, entsprechend einem Beschluß des Reichskabinetts, die Verhandlungen und die Reichskreditgesellschaft an den Gründungsverhandlungen der I. I. B. teilnehmen, um dann nach der Annahme des Gesetzes den Platz der Reichsbank zu übernehmen.

Die Entschädigungsansprüche Württembergs

Der württembergische Finanzminister, Dr. Dehlinger, stellte am Dienstag bei der ersten Lesung des Staats für 1930 im Landtag fest, daß die württembergischen Staatsfinanzen sich bisher verhältnismäßig gut gehalten haben und man ohne Anleihen auskommen sei. Das zu Ende gehende Rechnungsjahr 1929 werde nicht unglücklich abschließen.

Weiter behandelte der Finanzminister die Frage der Abfindung Württembergs für den Übergang der Post an das Reich, in der noch eine Klage Württembergs beim Staatsgerichtshof anhängig sei. Der Finanzminister nahm Stellung gegen die Absicht des Reiches, diese Angelegenheit in einem besonderen Abrechnungsgesetz zu regeln. Das Reich habe als Beitrag für die Postabfindung nur 14 Millionen Reichsmark genannt, während Württemberg aus dem Staatsvertrag wohl begründeten Anspruch auf 250 Millionen Reichsmark habe. Der Minister stellte fest, daß die wichtigste Staatseinnahme, die Abgabe der Zölle, durch die russische Holzeinfuhr geschädigt werde, und verlangte Abhilfe durch Änderung der Zoll- und Frachttarife.

Beleidigungsprozeß Hitler

Vor dem Amtsgericht München wurde am Dienstag der Beleidigungsprozeß gegen den Schriftleiter Karl Rabe von der „Münchener Telegrammzeitung“ verhandelt. Die „Münchener Telegrammzeitung“ hatte am 1. November mitgeteilt, Hitler habe am 27. Oktober ein befristetes Ultimatum an den bayerischen Kronprinzen gerichtet, und von ihm eine mit den Tatsachen nicht übereinstimmende Erklärung über das ablehnende Verhalten zum Volksgehren gefordert. Für den Fall, daß diese Erklärung nicht gegeben würde, habe Hitler mit dem schärfsten Kampf gegen die monarchistische Idee gedroht.

Hitler bestritt entschieden, jemandem zum Kronprinzen geschickt oder gedroht zu haben. Von den Zeugen bekundete Oberst v. Lenz, daß der wesentliche Inhalt der Veröffentlichung der Telegrammzeitung nach seiner Kenntnis der Dinge durchaus richtig gewesen sei. Der Verteidiger Hillers erklärte, Hitler habe mit den Dingen, die ihm untergeschoben wurden, nicht das Geringste zu tun. Schriftleiter Rabe führte in seinem Schlusswort aus, daß er das erhaltene Material nach der Qualität der Quelle ordnungsgemäß behandelt habe. Die Urteilsverkündung findet am 24. Januar statt.

Mißtrauensanträge im Sächsischen Landtag

In der Vollversammlung des Sächsischen Landtags kam am Dienstag der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen den Arbeits- und Wohlfahrtsminister Elsener zur Abstimmung. Für den Mißtrauensantrag stimmten 17, gegen ihn 2 Abgeordnete. Die übrigen Abgeordneten enthielten sich der Stimme. Der Antrag ist damit abgelehnt. In parlamentarischen Kreisen vermutet man jedoch, daß wegen dieses Abstimmungsergebnisses Minister Elsener in allernächster Zeit seinen Rücktritt erklären wird. Weiter kam der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett Bänger zur Abstimmung. Für den Mißtrauensantrag stimmten 47 Abgeordnete (Kommunisten, Sozialdemokraten und Altkommunisten), gegen den Mißtrauensantrag 42, während sich 7 Abgeordnete der Stimme enthielten. Der Mißtrauensantrag ist damit abgelehnt, weil auch hier die erforderliche Zahl von 49, d. i. eine Stimme mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Abgeordneten, nicht erreicht ist.

Erhöhung des Weizen- und Roggenzoll. Das Reichskabinett hat sich damit einverstanden erklärt, daß durch Verordnung mit Wirkung vom 20. Januar der Roggenzoll auf 9 M und der Weizenzoll auf 9,50 M erhöht wird.

Verlängerung des Niererschutzes. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach die Geltungsdauer des Niererschutzes bis zum 30. Juni 1932 verlängert werden soll.

Versammlungsverbot in Berlin. Die Komm. Partei Deutschlands hatte in Berlin zu Massendemonstrationen für heute aufgerufen. Da mit Zusammenstößen gerechnet werden mußte, hat der Polizeipräsident alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle Umzüge verboten.

In Worms ist es am Dienstag wieder zu einer Erwerbslosenkundgebung gekommen, in deren Verlauf ein junger Mann durch einen Kopfschuß getötet worden ist.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte begann der auf mehrere Wochen berechnete Prozeß gegen den Kommerzienrat Lindemann und seine Brüder, die sich wegen Kurstreibererei, Betrugs und Beihilfe zu verantworten haben.

Der vermählte Berliner Nationalsozialist Ernst Schwarz hat sich durch eine Postkarte bei seinen Angehörigen gemeldet. Sein Verschwinden hat damit eine harmlose Aufklärung gefunden.

Bei Wina wurde ein Bauer im Wald von einem Adler überfallen und durch Schnabelstöße verletzt. Dem Bauer gelang es, den Vogel mit einem Stockhieb zu töten.

In der Nähe von Belluno (Italien) mußte eine Gemeinde geräumt werden, weil sie durch einen drohenden Erdbeben von einem nabegelegenden Berge stark gefährdet ist. In der Gemeinde sind bereits während des Krieges durch einen Erdbeben viele Menschen ums Leben gekommen.

Letzte Nachrichten

Zur Lage im Haag

Französische und englische Stimmen

WTB. Paris, 15. Jan. (Tel.). „Matin“ zufolge nähert sich die Verhandlung über den Youngplan ihrem Ende. Eine Verhandlung, die, was die Dauer und Schwierigkeiten betrifft, mit den Friedensverhandlungen zu vergleichen sei. Nach dem Blatt soll Lardieu, der heute nacht nach dem Haag zurückgereist ist, erklärt haben, wenn man Samstag vormittag alles beendet haben wird, so werde Frankreich keine Entschädigung zu verlangen, gewiß aber Gründe zur Befriedigung haben.

„Echo de Paris“ glaubt, daß Lardieu unter Berufung auf den Vorfall mit Dr. Schaack vom Montag festere Garantien fordern werde. „Petit Parisien“ schreibt, das ganze deutsche Währungsproblem hänge von dem Reichsplan ab, und der ganze Youngplan beruhe auf dem Bestand dieses Instituts. Es sei unerlässlich, daß an der Spitze der Reichsbank ein Mann stehe, der aufrichtig für Frieden und Verschönerung eintrete. „Quotidien“ nennt Schaack einen Rationalisten.

WTB. London, 15. Jan. (Tel.). Die Blätter beschäftigen sich mit dem Zwischenfall im Haag und sprechen von einer Kapitulation Dr. Schaacks. Nur der „Daily Telegraph“ befürwortet die Politik wegen der Entwicklung der Dinge und befürchtet, daß Dr. Schaack die Arbeit der I. I. B. untergraben werde.

Der Personalstand beim Reich

WDJ. Berlin, 15. Jan. (Tel.) Dem Reichstag ist eine Übersicht über den Personalbestand der Hoheits- und Betriebsverwaltungen des Reichs und der Reichspost nach dem Stande vom 1. Juli 1929 zugegangen. Gegenüber dem Stande vom 1. Juli ergibt sich insgesamt: bei den Hoheitsverwaltungen ein Weniger von 100 Beamten, ein Mehr von 1290 Angestellten, ein Weniger von 2825 Arbeitern, bei der Reichspost: ein Weniger von 5896 Beamten, ein Mehr von 2266 Angestellten, ein Mehr von 10506 Arbeitern.

Die Zahl der Beamten in den Hoheits- und Betriebsverwaltungen des Reiches betrug am 1. Juli 1929 insgesamt 98 181, die Zahl der Angestellten 26 894 und die Zahl der Arbeiter 50 949. Bei der Reichspost betrug die Zahl der Beamten 241 441, wovon 39 740 weibliche Beamte waren. Die Zahl der Angestellten betrug 4725, wovon 418 weibliche sind. Die Zahl der Arbeiter betrug 50 300.

Indienststellung des Kreuzers „Röln“

WTB. Wilhelmshaven, 15. Jan. (Tel.) Bei schönem, klarem Winterwetter fand heute vormittag in Wilhelmshaven die feierliche Indienststellung des Kreuzers „Röln“ und die damit verbundene Außerdienstsetzung des alten Kreuzers „Amazon“ statt.

In einer Ansprache an die auf dem Achterdeck der „Röln“ angetretene Besatzung schloß der Kommandant, Fregattenkapitän von Schröder, das ruhmreiche Schicksal der ersten „Röln“, die am 28. August 1914 im Kampf gegen englische U-Boote in der Nordsee unterging, und von deren Mannschaft nur ein Mann, der zur Feiertage amsee bei Oberbeizer Neumann, der damals, drei Tage herumgetrieben, gerettet wurde. Ferner gedachte der Kommandant der Verfenkung der zweiten „Röln“ bei Scapa Flow.

Am 10.08 Uhr hülste die „Röln“ Flagge und Wimpel, gleichzeitig holte die „Amazon“ Flagge und Wimpel nieder. Es war eine große Zahl von Glückwünschen eingelaufen, von denen die des Reichspräsidenten, des Reichswehrministers Görner und des Chefs der Marineleitung, Admiral Röder, verlesen wurden. Darauf nahm im Namen der Stadt Röln für den verhinderten Oberbürgermeister Dr. Wenaue Stadtverordneter Dr. Köhle das Wort und wies auf den bedeutungsvollen Tag für die Stadt Röln hin.

Zwischenfälle im Klarelauskreis

WDJ. Berlin, 15. Jan. (Tel.) Im Klarelauskreis der Stadt Berlin wurde die Finanzwirtschaft der Stadt Berlin hinsichtlich der Finanzen der Stadt Berlin vorläufig nicht zu erörtern, um die schwierige Situation Berlins nicht noch zu verschärfen.

Abg. Koch (Dntl.) stellte trotzdem an den Untersuchungskommissionen in den Disziplinarverfahren, Lapoffi, bedeutame Fragen über dieses Thema. Er wollte u. a. wissen, ob es zutrefe, daß die Stützungselder der Stadt Berlin, die unter keinen Umständen angegriffen werden können, restlos in der Kammereilasse verschunden sind und weiter, ob es zutrefe, daß Gelder der Wohnungsfürsorge in Höhe von 25 Millionen Reichsmark auf die gleiche Weise in die Kammereilasse geflossen seien, und schließlich, ob es richtig sei, ob sogar die Gelder, die die Baugesellschaften, bevor sie die Baugenehmigung erhalten, deponieren müssen für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanschlüsse, gleichfalls verschunden waren, weshalb denn auch für fertige Neubauten wegen der Geldnot Berlins nun diese Anschlüsse nicht getätigt werden können. Er fragte, ob nur den Kammern die Verantwortung für diese Dinge treffe, oder nicht auch den Oberbürgermeister Köhler.

Während dieser Befragung machten die Regierungsparteien und die Deutsche Volkspartei erregte Zwischenrufe, in denen sie vom Bruch der Vertraulichkeit durch den Abgeordneten Koch sprachen.

Der Vorsitzende, Schwent (Komm.), stellte fest, daß ein Ausschlußbeschlus vorliege, diese Fragen jetzt nicht zu erörtern und gab der Meinung Ausdruck, daß in der heutigen Berliner Stadtkommunalsitzung die Stadtkommunalverwaltung von sich aus auf die Dinge eingehen werde.

Überfall auf einen bayerischen Landtagsabgeordneten

WTB. Koburg, 15. Jan. (Tel.) Wie der Polizeibericht meldet, wurde in der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr der bayerische Landtagsabgeordnete Kliner (Soz.) auf dem Wege nach seiner Wohnung von zwei Personen überfallen und mit einem harten Gegenstand derart mißhandelt, daß er vorübergehend bewusstlos zusammenbrach und sich später in ärztliche Behandlung begeben mußte. Es wird angenommen, daß der Überfall einen politischen Hintergrund hat. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Afghanisten bezahlte Aman Allah Schulden. Der frühere König von Afghanistan, Aman Allah, hatte, als er seinerzeit in Deutschland war, Waren für mehrere Millionen Reichsmark gekauft. Die Reichskreditgesellschaft gewährte ihm laut „A. T.“ einen Kredit in der Höhe dieser Beträge. Jetzt hat die neue afghanische Regierung mitgeteilt, daß sie die Waren übernehmen und den Kredit prefundieren werde.

Kelloggspakt und Völkerbundsetzung

Der Völkerbundsrat in Genf beschloß zur Prüfung der durch den Beitritt aller Völkerbundstaaten zum Kelloggspakt notwendigen Änderungen des Völkerbundspaktes ein Juristentomtee einzusetzen.

Henderson untertrieb die Notwendigkeit der Angleichung des Völkerbundspaktes, der bekanntlich in gewissen Fällen den Krieg noch erlaubt, an die Kriegsächterung des Kelloggspaktes. Durch die Herausnahme des Rechtes zur Kriegsführung werde der Völkerbundspakt, der für England immer die fundamentale Grundlage zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit und zur Aufrechterhaltung des Friedens bleibe, nicht abgeschwächt, sondern gerade in seiner Wirksamkeit zur Beilegung internationaler Konflikte gestärkt werden.

Briand betonte gegenüber Henderson, daß die dem Völkerbundspakt innewohnende Wirksamkeit durch das wiederholte erfolgreiche Eingreifen des Völkerbundrates bei drohenden Konflikten erwiesen sei. Er sprach sich für eine sehr breit angelegte gründliche Prüfung der Frage aus, wobei auch die vom Sicherheitskomtee behandelten Fragen über die Mittel zur Kriegsverhütung ins Auge gefaßt werden sollten.

Staatssekretär von Schubert stimmte der von Briand angeregten Prüfung auf breiter Grundlage zu und erinnerte daran, daß Deutschland dem Sicherheitskomtee seinerzeit besondere Vorschläge zur Verstärkung der gegenwärtig vorhandenen kriegsverhütenden Maßnahmen unterbreitet hat.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(10. Sitzung)

DJ. Karlsruhe, 14. Jan. 1930.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet um 14 Uhr die erste Plenarsitzung nach der Weihnachtspause. Eingegangen ist eine Reihe von Anträgen und Interpellationen. Auch liegen wieder neue Gesetze vor.

Der Präsident nimmt Gelegenheit, dem Abg. Gabernicht zum 70. Geburtstag die Glückwünsche des Hauses auszusprechen (Beifall). Es folgt die Erledigung

Kurzer Anfragen.

Abg. Amann (Zentr.) fragt wegen Hilfsmitteln für die notleidenden Winger des Bodenseesgebietes. Regierungseitig wird erwidert, daß alle Schritte getan werden sollen, die zur Erleichterung der Notlage geeignet sind.

Ferner antwortet die Regierung auf die kurze Anfrage des Abg. Dr. Schmitt (D. Natl.) betr. das Dotationsgesetz. Dann ergreift Staatspräsident Dr. Schmitt das Wort zur

Regierungserklärung

Die Rede, die wir an anderer Stelle im Wortlaut bringen, findet lebhafte Zustimmung der Regierungsparteien.

Es folgt der Bericht des Geschäftsauswahsausschusses über den Antrag des Justizministers auf Genehmigung zur

Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Wagner

Darüber berichtet

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.). Es handelt sich um die bekannten Vorkommnisse im „Darmstädter Hof“ am 18. Dez. 1929. Nach den Zeugnisaussagen war es in diesem Lokal zu Beleidigungen und tätlichen Angriffen von Nationalsozialisten gegen Mitglieder — auch ausländische — der internationalen Eisenbahnarbeitskommission gekommen. Bei diesen Auseinandersetzungen war auch der Abg. Wagner zugegen. Er hat im Ausschuß erklärt, daß er sich freiwillig dem Gericht stellen würde, er müsse sich aber gegen die Aufhebung der Immunität wenden, die dem Sinn und Geist der Weimarer Verfassung widerspreche (Heiterkeit). Wenn aber der Abg. Wagner selbst ein Interesse an der gerichtlichen Klärung der Vorgänge habe, so gebe es nur zwei Wege: Entweder Aufhebung der Immunität oder Niederlegung des Mandats.

Der Ausschuß empfiehlt mit allen gegen eine Stimme die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Wagner wegen Körperverletzung, Beleidigung und Aufstörung zu erteilen. Abg. Seubert (Zentr.) berichtet namens des Vertrauensmännerauswahsausschusses über den Fall des Majors a. D. Fröhlich aus Karlsruhe, der in einer nationalsozialistischen Versammlung in Lohrbach (Amt Mosbach) in nicht wiederzugebenden Ausdrücken das heutige Regierungssystem kritisiert, Regierungsmänner und den Landtag beleidigt haben soll.

Der Justizminister ersucht den Landtag um seine Zustimmung zu einem Strafverfahren gegen Major a. D. Fröhlich wegen Beleidigung des Landtags.

Abg. Trinks (Sozdem.) erstattet namens des Rechtspflegeauswahsausschusses Bericht über die Denkschrift des Innenministers betr. nationalsozialistischen Ausschreitungen im Landtagswahlskampfe. Er beantragt, die Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen.

In der

Aussprache

nimmt zunächst Abg. Lenz von den Nationalsozialisten das Wort.

Der Polizeibericht über die Vorgänge im „Darmstädter Hof“ sei unrichtig. Verschiedene Zeugen seien nicht gehört worden. Man habe es verbieten wollen, deutsche Lieder zu singen. Soweit seien wir im deutschen Vaterlande noch nicht. Als die Nationalsozialisten sich angefehlt hätten, in Ruhe wegzugehen, habe man ihnen das Wort „Woche“ nachgerufen. Dem Abg. Wagner sei von einem Hamburger Herrn ein Stoß versetzt worden, den er mit einer Ohrfeige erwidert habe. Im übrigen hätte der Abg. Wagner mit allen Mitteln versucht, Weiterungen zu verhindern. Die Immunität des Abg. Wagner könne nicht aufgehoben werden.

Auch in bezug auf den Fall Fröhlich und die Denkschrift des Ministers vertritt der Redner die Auffassung, daß von der Polizei unsachlich berichtet worden sei.

Die Nationalsozialisten treten den Anträgen des Berichtserstatters entgegen.

Abg. Bok (Komm.) will materiell auf die „Schläger“ nicht eingehen; er wendet sich aber grundsätzlich gegen eine Preisgabe der Immunität. Hinsichtlich des Falles Fröhlich meint der Redner, der Landtag sollte über diese Dinge, auch wenn sie stimmten, erheben sein.

Abg. Böning (Komm.) bezeichnet die Nationalsozialisten als die schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft. Man werde sie schlagen, wo man könne. Auf Zurufe der Nationalsozialisten bemerkt der Redner, „Ihr seid Nationalsozialisten!“ (Der Präsident rügt diesen Ausdruck).

Abg. Kraft (Nationalsoz.) spricht von einseitig gefälschten Berichten der Abgeordneten Seubert und Dr. Kaufmann (behaftete Entrüstungsrufe und erregte Zwischenrufe). — Die Abgeordneten Kraft und Lenz ziehen sich Ordnungsrufe zu.

Abg. Dr. Keers (Dem.) sieht sich als Vorsitzender des Geschäftsauswahsausschusses genötigt, den Ausführungen des Beredners über die Berichterstattung entschieden entgegenzutreten.

Der Schrei nach der Vervollständigung des Materials sei überdies nur möglich, wenn der Abg. Wagner mit in das

Schwebende Verfahren einbezogen und dazu die Immunität aufgehoben wird.

Abg. Dr. Schmittner (D. Natl.) stimmt dem Ausschussantrag hinsichtlich des Majors a. D. Fröhlich zu, weil es sich um einen Mann der gebildeten Stände handle.

Es folgen weitere, zum Teil recht lebhaft Auseinandersetzungen. Es sprechen die Abgeordneten Bauer (D. Sp.), Reinhold (Sozdem.), von Au (Wirtsch. u. Bauernp.), Duffner (Zentr.), Maier-Heidelberg (Sozdem.) und Dr. Leers (Dem.).

Minister des Innern Wittenberg weist die Vorwürfe zurück, die von nationalsozialistischer Seite gegen die Polizei gerichtet wurden.

Die Vorfälle im „Darmstädter Hof“ würden im weiten Auslande dem deutschen Namen keine Ehre machen.

Im Auftrag des Justizministers gibt Generalstaatsanwalt Dr. Fasner eine Erklärung auf gewisse Fragen des nationalsozialistischen Blattes „Der Führer“ ab.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Köhler (Nationalsoz.) und einem Schlusswort des Reichspräsidenten...

Die Immunität des Abg. Wagner wird mit allen gegen 9 Stimmen bei 2 Stimmenthaltung aufgehoben.

Abg. Ewald (Soz. Vd.) begründet die förmliche Anfrage seiner Gruppe über die Anstellung der aus Russland flüchtigen deutschstämmigen Landwirte.

in den Ostprovinzen. Namens des Innenministers antwortet Oberregierungsrat Münch mit dem Hinweis auf die Maßnahmen des Reichs.

Abg. Leers (Nationalsoz.) wendet sich in einer förmlichen Anfrage gegen das Verbot der Zugehörigkeit von Schülern zur „Hitlerjugend“.

Man werde trotzdem alles tun, um „unter der Decke die Jugend in „anständigen Kreise zu erziehen“ (Rachen bei der Mehrheit).

Abg. Person (Zentr.) führt aus, durch die Nationalsozialisten würde die Jugend systematisch verhetzt.

Abg. Gilbert (Wirtsch. u. Bauernp.) vertritt die Auffassung, daß die Regierung noch schärfer vorgehen müsse.

Abg. Dr. Schmittner (D. Natl.) ist nicht gegen die Verordnung, findet aber, daß ihre Anwendung ungerichtet sei.

Abg. Dr. Leers (Dem.) unterstreicht: Parteipolitik gehört nicht in die Schule.

Abg. Maier-Heidelberg (Sozdem.) hält das Reichsbanner für einen Schulwall gegen den Appell an die Gewalt.

Es sprechen noch die Abg. Roth (Nationalsoz.) und Frau Müller (D. Natl.), welche letztere namentlich die Rote Jugendbewegung verurteilt.

Es folgt Bericht des Abg. Dr. Walder (D. Sp.) über den Antrag der Kommunisten, das

Verbot des Rotfrontkämpferbundes aufzuheben. Der Reichspräsident beantragt, dem Antrag die Zustimmung zu verweigern.

Zur Grundsteinlegung des Universitätsneubaus in Heidelberg

Der Rektor der Universität Heidelberg hat an den Reichspräsidenten anlässlich der Grundsteinlegung des Universitätsneubaus ein Telegramm gerichtet.

Der Reichspräsident hat in seiner Antwort seinen Dank ausgesprochen. Er gedenke in dankbarer Anerkennung der Förderung, welche die Universität Heidelberg durch diese, der Initiative des Herrn Reichspräsidenten...

50. Geburtstag von Ministerialrat Dr. Bard

Der Polizeireferent im Ministerium des Innern, Ministerialrat Dr. Bard, begeht heute seinen 50. Geburtstag. In Danzig geboren, kam Dr. Bard frühzeitig nach Baden, wo er in Karlsruhe seine Jugendzeit verlebte.

Mit großer Tatkraft und außerordentlichem Verständnis für die besonderen Aufgaben der modernen Polizei hat hier Dr. Bard wertvolle Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit und des Staates geleistet.

Der Deutsche Bankbeamtenverein hielt am vergangenen Sonntag in Karlsruhe eine badische Bezirksversammlung ab, zu der in überaus zahlreicher Weise Vertreter von allen Bankplätzen Badens erschienen waren.

Die badischen Bankbeamten zum Personalabbau

In einer Entschließung wurde gerade auf diesen Punkt Bezug genommen. Es heißt darin: „Da die Arbeit in allen Zweigstellen der D. D.-Bank einen unverändert großen Umfang angenommen hat, die unter Anwendung recht zahlreicher Überstunden bisher erledigt werden konnte, so erwartet die Versammlung, daß keine weitere Fortsetzung des Personalabbaus erfolgt, und daß die an allen Plätzen noch schwebenden Rindungen zurückgenommen werden.“

Beginn des Kraftwerkes Dogern

Mit den Vorarbeiten für den Bau des neuen Kraftwerkes ist bereits begonnen worden. Zunächst werden Tiefbohrungen zur Sondierung des Untergrundes des neuen Kraftwerkes vorgenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Der neue amerikanische Botschafter ein Freund des Schwarzwaldes. Botschafter Schurman ein treuer Freund der alten Pfalzstadt Heidelberg.

Städtische Milchversorgung

Die Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung, Landwirtschaft und Milchhandel wegen gemeinschaftlicher Beteiligung an der Milchversorgung haben zu einer grundsätzlichen Einigung geführt.

Anklärung von D.-Zug-Diebstählen

Der Frankfurter Bahnpolizei ist es in den letzten Tagen gelungen, einen gefährlichen D.-Zug-Dieb zu verhaften. Der Täter, der bereits eine mehrjährige Strafe wegen Diebstahls verbüßt hat, hatte seine Beute in verschiedenen Städten, auch in Mannheim, untergebracht.

Badisches Landestheater

Für Dienstag, dem 21. Januar, steht unserm Theaterpublikum ein erlebter Genuss bevor: die Intendanz konnte mit dem Schauspiel-Ensemble der gefeierten Berliner Schauspielerinnen, Mady Christians, dem u. a. die „prominenten“ Darsteller Ernst Deutsch und Hans Junkermann angehören.

Colosseumtheater

Wie die Direktion mitteilt, verabschiedet sich heute, Mittwoch, das Schiller-Dauertheater mit Taver Terosal in dem großen Lachschräger „s' Dirmel mit 'm roten Nieder“ vom hiesigen Publikum.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landesverwaltungsstelle

Von Nordwesten ist kühler, maritime Luft nach England vorgezogen, wird aber in unserem Gebiet keine wesentliche Änderung der herrschenden Temperaturverhältnisse mit sich bringen.

Gemeinderundschau

Aus dem Bürgerausschuss Karlsruhe

Die Sitzung des Bürgerausschusses Karlsruhe brachte am Dienstag ernste Feststellungen zur Wirtschaftslage, so, daß 18 Proz. der gesamten Karlsruher Bevölkerung aus allgemeinen Fürsorgemitteln ihr Leben fristen müssen.

Bürgermeisterwahl

Der bisherige Bürgermeister in Sandgeret (Amt Rehl), Georg Gauß, wurde einstimmig wiedergewählt.

Die Errichtung eines Kriegerdenkmals

Die Errichtung eines Kriegerdenkmals auf dem Friedhof (Schöpfer Wildhauer Binz) sollte in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden, wurde aber vertagt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with 5 columns: City, 15. Januar, 14. Januar, 15. Januar, 14. Januar. Rows include Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag.

Schmidt-Bank Baden-Baden

Nachdem die überwiegende Zahl der Gläubiger mit der erforderlichen Mehrheit der Forderungsbeträge dem Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zugestimmt hat, wurde das Vergleichsverfahren seitens des Amtsgerichts Baden-Baden unter dem 11. Januar eröffnet.

Schmidt-Bank Baden-Baden

Nachdem die überwiegende Zahl der Gläubiger mit der erforderlichen Mehrheit der Forderungsbeträge dem Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zugestimmt hat, wurde das Vergleichsverfahren seitens des Amtsgerichts Baden-Baden unter dem 11. Januar eröffnet.

Schmidt-Bank Baden-Baden

Nachdem die überwiegende Zahl der Gläubiger mit der erforderlichen Mehrheit der Forderungsbeträge dem Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zugestimmt hat, wurde das Vergleichsverfahren seitens des Amtsgerichts Baden-Baden unter dem 11. Januar eröffnet.

Schmidt-Bank Baden-Baden

Nachdem die überwiegende Zahl der Gläubiger mit der erforderlichen Mehrheit der Forderungsbeträge dem Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zugestimmt hat, wurde das Vergleichsverfahren seitens des Amtsgerichts Baden-Baden unter dem 11. Januar eröffnet.

Vergleichsverfahren bei Billing & Joller, Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Billing & Joller, Aktiengesellschaft für Bau- und Kunstfischerei in Karlsruhe, wurde unterm 11. Januar das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vergleichstermin wurde festgesetzt auf Freitag, den 7. Februar.

Der Privatdiskont ist für beide Sichten um je 1/4 Proz. auf 6 1/2 Proz. ermäßigt worden.

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 bis 1929 = 100) stellt sich für die Woche vom 6. bis 11. Januar 1930 auf 117,8 gegenüber 115,5 der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 116,7 (114,0), Gruppe verarbeitende Industrie auf 106,8 (104,4), und Gruppe Handel und Verkehr 135,8 (133,6).

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Mann mit der Maske

Zu dem Mord auf der Weistannenhöhe

Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft Freiburg haben die bisherigen Ermittlungen in der Angelegenheit des Wilhelm Pfaff aus Furtwangen ergeben, daß jetzt schon mit Sicherheit

gesagt werden kann, daß Pfaff der schon seit längerer Zeit gesuchte Mann mit der Maske ist, der seit geraumer Zeit auf den Höhenwegen Triberg-Schönwald-Furtwangen-Kalte Herberge-Turner sein Unwesen getrieben hat. Er tritt systematisch in schamloser Weise Frauen und Mädchen, besonders Touristinnen, entgegen. Pfaff führte vermutlich ein Doppelleben. In Furtwangen war er der harmlose Ehemann und Inhaber, bei seinen Touren führte er die schamlosesten Angriffe auf Frauen und Mädchen aus. Nur einer falschen Scham der von ihm überfallenen Frauen und Mädchen ist es zuzuschreiben, daß sich Pfaff zu einer Art Landplage entwickelte.

Auch über den Zusammenhang des Pfaff mit dem Mord an den beiden Mannheimer Lehrerinnen auf der Weistannenhöhe am 31. Mai 1928 sind wertvolle Hinweise gemacht worden. Einzelheiten können jedoch im Interesse der Untersuchung noch nicht mitgeteilt werden. Die Staatsanwaltschaft fordert neuerdings die Bevölkerung auf, die Strafverfolgungsbehörde in ihrem Bestreben, die Mordtatsache aufzuklären, tatkräftig zu unterstützen. Wie wir hierzu weiter erfahren, ist die Beachtung dieser staatsanwaltlichen Aufforderung um so notwendiger, als die bezüglich des Mordes gemachten Angaben wohl die Vermutung aufkommen lassen, daß Pfaff mit dieser Tat im Zusammenhang steht. Ein schlüssiger Beweis dieser Vermutung ist aber durch die bisher gemachten Angaben wohl noch nicht erbracht.

Zum Lohnstreik in der Textilindustrie des Albtales
D3. Ettlingen, 14. Jan. Montag nachmittag, 4 Uhr, versammelte sich die gesamte Belegschaft der Spinnerei und Weberei Ettlingen, etwa 1500 Textilarbeiter und -arbeiterinnen, unter freiem Himmel, um Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der Verhandlungen vor dem Landeslichter für Südwestdeutschland. Die Versammlung bedauerte lebhaft die Stellungnahme des Landeslichters und protestierte gegen das Vorgehen der Arbeitgeber, die einen Abbau der Löhne von 8 v. H. vornehmen wollten. Da die Firmen durch Anschlag erklärten, daß ab 1. März ein monatlicher Abzug von 1 Proz. stattfinden werde, behält sich, wie es in der Protestversammlung hieß, die Arbeiterschaft bis zur rechtlichen Klärung der Verhältnisse alle weiteren Schritte vor. Sie hat bedingungslos die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses beschlossen. Die Lage ist nach wie vor gespannt.

D3. Wiesloch, 14. Jan. Die Nachrichten, daß hier und in Leimen wegen dauernder Zunahme der Diphtheriefälle die Schließung der Schule und der Kinderschulen bis auf weiteres angeordnet worden sei, werden als unzutreffend bezeichnet. Offenbar wurde Wiesloch mit der Nachbargemeinde Flughafen verwechselt, in der vorige Woche die Diphtherie ziemlich stark aufgetreten war. In der Zwischenzeit ist aber auch dort die Krankheit wieder zurückgegangen.



An unsere sehr geehrten Mitglieder!

Letzter Termin zur Ablieferung der Gegenmarkensammel- und Geschäftsanteil-Karten von 1929

Montag, 20. Januar 1930

Wir bitten dringend, diesen Termin einzuhalten!

Lebensbedürfnisverein

Städtische Sparkasse Elzach

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Aktiva		Passiva	
	RM		RM
1. Kassenbestand	24 381,73	1. Guthaben der Einleger	
2. Reichsbank- und Post-scheckguthaben	20 996,34	a) Spareinlagen	1 386 517,83
3. Wechselbestand	16 759,55	b) Giroeinlagen	98 392,12
4. Inhaftwechsel	1 343,79	c) auf Kontokorrentkonten	11 335,82
5. Guthaben bei Girozentralen	54 145,00	d) Aufgewertete Spareinlagen	844 315,31
6. Darlehen in laufender Rechnung	465 918,44	2. Guthaben der Girozentrale	8 365,09
7. Überzinsen auf Girokonten	2 417,07	3. Aufgenommene Kapitalien	100 000,—
8. Feste Darlehen		4. Reservefonds	28 245,37
a) gegen Hypothek	886 312,40	5. Reingewinn für 1929	30 887,95
b) an Gemeinden und einbez. Betriebskapital beim Bad. Sparkassen- u. Giroverband	86 000,—	6. Weitergeg. Wechsel	108 440,64 RM
c) gegen Schuldschein	108 573,46	7. Abale	12 514,81 RM
9. Aufgewertete Forderungen	702 202,53		
10. Aufwertungsconto	44 559,01		
11. Wertschöpfungen	154,73		
12. Zinsenrückstände	49 274,84		
13. Immobilien	55 000,—		
14. Geschäftseinrichtung	4 000,—		
15. Weitergeg. Wechsel	108 440,64 RM		
16. Abale	12 514,81 RM		
	2 518 039,49		2 518 039,49

Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1929

Soll		Haben	
	RM		RM
1. Zinsen für Einlagen		1. Zinsen aus Aktivkapitalien	
a) Spareinlagen	76 928,29	a) Feste Darlehen	91 820,75
b) andere Gelder	29 403,39	b) Darlehen in laufender Rechnung	40 792,96
2. Verwaltungskosten	27 133,57	c) Wechsel und andere Gelder	22 627,21
3. Abschreibungen		2. Gebühren und sonstige Einnahmen	20 272,85
a) Immobilien	6 953,17		
b) Einrichtung	3 731,40		
4. Reingewinn	30 887,95		
	175 022,77		175 022,77

Elzach, den 9. Januar 1930.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Rapp, Bürgermeister.

Q.12
Der Geschäftsleiter:
Stengler.

Möbel
Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungsverleicherung, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 940

Q.33. Bruchsal. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Gerber & Co. in Bruchsal, Gerber & Co. in Bruchsal, wurde mangels Masse eingestellt. Bruchsal, 31. 12. 1929. Amtsgericht III. — Geschäftsstelle —
Q.24. Karlsruhe. Vereinsregisteramt. Christenvereinig. Karlsruhe in Karlsruhe. 31. 12. 1929. Amtsgericht Karlsruhe.

Einladung.

Die Herren Mitglieder der Badischen Anwaltskammer werden zur
ordentlichen Kammerversammlung
auf
Sonntag, den 2. Februar 1930, vormittags 10 Uhr, in das Justizgebäude zu Karlsruhe, Hans-Thoma-Straße (Schwurgerichtssaal) ergeblich eingeladen.
Die vom Vorstand zu stellende Rechnung liegt für die Kammermitglieder während einer Woche vor der Versammlung auf dem Anwaltszimmer ebendasselbst auf.
Die Einladung wird in der „Badischen Rechtspraxis“ und dem badischen „Staatsanzeiger“ vom 15. Dezember 1929 und vom 15. Januar 1930 veröffentlicht. J.683
Die lokalen Anwaltsvereine werden ersucht, die Herren Kollegen ihres Bezirks außerdem noch besonders einzuladen. (§ 6 Geschäftsordnung.)
Im Anschluß an die Versammlung gemeinsames Mittagessen.
Karlsruhe, den 23. November 1929.
Der Vorstand der Badischen Anwaltskammer:
Dr. Dieck,
Vorsitzender.

Tagesordnung.

- Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Vorstandes in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1929.
- Rechnungslegung.
- Entlastung des Vorstandes.
- Bevilligung von 6000 M zur Unterstützung von badischen Rechtsanwälten und deren Hinterbliebenen.
- Vorstandswahlen. Es scheiden aus infolge des Ablaufs ihrer Wahlperioden die Herren:
 - Dr. Dieck, Karlsruhe, Mitglied seit 1918, zuletzt gewählt 1926,
 - Dr. Welesch, Karlsruhe, Mitglied seit 1914, zuletzt gewählt 1926,
 - Hänbel, Karlsruhe, Mitglied seit 1918, zuletzt gewählt 1926,
 - Lindert, Mannheim, Mitglied seit 1918, zuletzt gewählt 1926,
 - Dr. G. Romberg, Offenburg, Mitglied seit 1918, zuletzt gewählt 1926,
 - Dr. Emil Seib, Mannheim, Mitglied seit 1920, zuletzt gewählt 1926,
 - Dr. Ludwig Saas, Karlsruhe, Mitglied seit 1922, zuletzt gewählt 1926,
 - Gentil, Mannheim, Mitglied seit 1928,
 - Dr. Gönner, Karlsruhe, Mitglied seit 1928,
 - Garret, Lörrach, Mitglied seit 1928,
 - Heindel, Mosbach, Mitglied seit 1928, außerdem
 - Dr. Deutsch, Mannheim, Mitglied seit 1918, zuletzt gewählt 1928, vor Ablauf seiner Wahlperiode auf seinen Antrag mit Zustimmung des Kammerpräsidenten gemäß § 45 Abs. 2 NNO.
- Im Vorstand verbleiben bis 1932 die Herren
 - Dr. Schöck, Heidelberg, Mitglied seit 1922, zuletzt gewählt 1928,
 - Dr. Fürtz, Karlsruhe, Mitglied seit 1924, zuletzt gewählt 1928,
 - Steinel, Rorzhelm, Mitglied seit 1924, zuletzt gewählt 1928,
 - Dr. Pfeifferle, Freiburg, Mitglied seit 1928,
 - Dr. Marum, Karlsruhe, Mitglied seit 1928,
 - Dr. Rinwig, Konstanz, Mitglied seit 1928.
- Von den 12 neu zu wählenden Vorstandsmitgliedern sind nach § 44 NNO. 9 auf 4 Jahre, 8 auf 2 Jahre zu wählen. Von den Neuzuwählenden müssen nach §§ 2 und 8 Abs. 4 der Geschäftsordnung 4 in Karlsruhe domiziliert sein und in besonderem Maßgang zuerst gewählt werden.
- Vortrag des Herrn Kollegen Gentil, Mannheim, über das Thema „Anwalt, Volk und Recht“.
- Verfchiedenes.

COLOSSEUM
Heute Abend 8 Uhr
Abschiedsvorstellung
Xaver Terofal
Ab morgen, den 16. d. Mts., täglich 8 Uhr
GASTSPIEL
von
Glauer's Royal Midget's Theater
Die kleinsten Menschen der Welt
Außerdem das große Variétéprogramm von Weltrup

Heirat
Häbsche (R. 100) Deutschamerikanerin, 22 J., mit 500 000 Doll. und Grundbesitz in Deutschland, wünscht sich mit charakt. voll. Herrn, wenn auch ohne Vermögen, zu verheiraten. Durch Frau Adam, Berlin W 50.

PORPHYRWERK DOSENHEIM
HANS VATTER
LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-MATERIAL
Bekanntmachung.
Das Sparbuch Nr. 2324 unserer Kasse, lautend auf den Namen „Bertha Rohr, Ehefrau des F. Rohr, geb. Friedl in Ravensburg“, ist abhanden gekommen.
Wir fordern hiermit den etwaigen derzeitigen Inhaber dieses Sparbuchs bzw. denjenigen, der irgendwelche Rechte glaubt aus demselben geltend machen zu können, auf, innerhalb eines Monats von heute an seine Ansprüche unter Vorlage des Sparbuchs usw. bei uns einzureichen. Nach Ablauf dieser Frist wird die Kraftlosklärung fraglichen Sparbuchs ausgesprochen werden.
Heiligenberg, Bodensee, 13. 1. 1930. R. 107
Bezirksparkasse Heiligenberg/Bodensee, — Öffentliche Verbandsparfasse —

COLOSSEUM
Heute 8 Uhr
Sonntags 3 1/2 Uhr u. 8 Uhr
Xaver Terofal
in dem großen Lachschiager
's Dirndl mit'm roten Mieder
Liebesgeschichten von Tegersee
Nur noch wenige Tage!

COLOSSEUM
Heute 8 Uhr
Sonntags 3 1/2 Uhr u. 8 Uhr
Xaver Terofal
in dem großen Lachschiager
's Dirndl mit'm roten Mieder
Liebesgeschichten von Tegersee
Nur noch wenige Tage!



Voranzeige
Badisches Landestheater
21. Januar
Einmaliges Gastspiel
Mady Christians
Ernst Deutsch
Hans Junkermann

Bekanntmachung.
Q.35. Karlsruhe. über den Nachlaß des am 12. Juli 1929 in Luzern verstorbenen Ingenieurs Otto Andreassens, zuletzt wohnhaft in Karlsruhe, ist die Nachlassverwaltung angeordnet worden.
Verwalter ist Rechtsanwalt Dr. Fiebigler in Karlsruhe, Kaiserstr. 215. Etwaige Gläubiger fordern ich auf, ihre Ansprüche unverzüglich zu Händen des Nachlassverwalters anzumelden.
Karlsruhe, 11. 1. 1930.
Bad. Notariat 5, als Nachlassgericht.

Druck G. Braun, Karlsruhe